

# Debatte um Oberstufe an der IGS Lengede: Jablonka kontert Aussagen von Weyberg

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion wirbt für Umsetzung der Vorschläge des Gutachters

VON TOBIAS MULL

**Lengede.** Die Debatte um die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS Lengede nimmt weiter Fahrt auf. Zuletzt hatte die Hohenhamelner CDU-Bürgermeisterkandidatin Silke Weyberg den maßgeblichen Antrag von Kreistags-SPD und -Grünen als „völlig unverständlich“ bezeichnet

(PAZ berichtete). Diese Aussagen kontert nun Ulrich Jablonka, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion in Lengede.

„Wir haben großes Verständnis für den Einsatz Hohenhamelner Ratsmitglieder, den Schulstandort dort zu erhalten. Gleiches Verständnis wird aber dann auch für die Position der Mitglieder im Rat der Gemeinde Lengede erwartet“, erklärt Jablonka. Außerdem gehöre die Gemeinde Hohenhameln gar nicht zum Ein-



Ulrich Jablonka



## Gemeinde-CDU: „Hohenhameln muss Schulstandort bleiben“

„Nicht kampflös aufgeben“: Hohenhameln soll nicht zur Außenstelle einer IGS in Ilsede werden, sagen die Christdemokraten

**Hohenhameln.** Mit großer Sorge betrachten die Hohenhamelner CDU-Bürgermeisterkandidatin Silke Weyberg und der schulpolitische Sprecher der Ratsfraktion, Uwe Gredner, die Zukunft des Schulstandortes Hohenhameln. Grund sei das vom Landkreis in Auftrag gegebene Gutachten zur Schulentwicklungsplanung, das den Schulstandort Hohenhameln „lediglich noch als Nebenstelle einer neu zu

gründenden IGS Ilsede sieht“. Die CDU Hohenhameln lehnt den Vorschlag entschieden ab und fordert „den Erhalt des eigenständigen Schulstandortes Hohenhameln“. Vor dem Hintergrund der beschlossenen Fusionsverhandlungen mit dem Landkreis Hildesheim sei die CDU von einem Aussetzen der Schulentwicklungsplanung ausgegangen, „zumal seit Vorstellung der Gutachterergebnisse

keine weiteren Beratungen in den zuständigen Gremien des Kreistages stattfänden“.

Der Antrag von Kreistags-SPD und -Grünen auf Einrichtung einer Oberstufe am Standort der IGS Lengede habe überrascht. „Dieser Antrag ist



Uwe Gredner

vor dem Hintergrund kreisweit sinkender Schülerzahlen völlig unverständlich“, sagt Weyberg. Ziel müsse sein, alle Schulstandorte zu erhalten und ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept zu erstellen. „Es kann nicht sein, dass die Interessen einer Gemeinde mit einem besonders durchsetzungsstarken Bürgermeister über das Wahl der anderen Gemeinden gestellt wird.“ Gredner ergänzt: „Die CDU-

Ratsfraktion fordert alle Hohenhamelner Kreistagsabgeordneten und den Bürgermeister auf, sich entschieden gegen die Einrichtung einer Oberstufe in Lengede auszusprechen. Wir erwarten, dass alle politischen Kräfte für den Schulstandort Hohenhameln arbeiten und diesen nicht kampflös verloren geben.“ Die CDU plant, eine Resolution zum Erhalt des Schulstandortes in den Rat einzubringen.

**Um die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS Lengede ist eine Debatte entbrannt – unter anderem äußerte sich Silke Weyberg aus Hohenhameln (siehe Ausriss links).**

sei, den man nicht einfach so missachten solle. „Für uns ist es unverständlich, dass jetzt gegen eine schrittweise Umsetzung der Vorschläge des Gutachters seitens der Hohenhamelner und der Kreistags-CDU Stimmung gemacht wird“, sagt Jablonka.

Vielmehr müssten die Vorschläge des Gutachters Krämer-Mandau nun schrittweise umgesetzt werden. Nur so könnten Bildungschancen im ländlichen Teil des Kreisgebietes verbessert werden, ist sich der Sozialdemokrat sicher. Von einer Aussetzung der Schulentwicklungsplanung vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Fusionsgespräche zwischen Peine und Hildesheim hält Jablonka somit nichts – eine solche Aussetzung war von Weyberg ins Spiel gebracht worden.

„Fusionsüberlegungen dürfen jetzt erforderliche Entscheidungen für eine Weiterentwicklung der Bildungsangebote im Peiner Land nicht verzögern“, unterstreicht der Sozialdemokrat und geht mit der Hohenhamelnerin hart ins Gericht. Vor Jahren schon habe sich Weyberg gegen Schulerweiterungen in Lengede ausgesprochen. „Ihr damaliges Argument: Man müsste sich als Kreistagsabgeordnete ernsthaft die Fragen stellen, ob es Sinn mache, im südlichen Kreisgebiet in Schulbauten zu investieren“, erinnert Jablonka. „Da stellt sich doch viel eher eine andere Frage: Wie werden Randgemeinden wie Lengede eigentlich nach einer Kreisfusion mit Hildesheim in der dann noch weiteren Randlage beachtet und bei Investitionsentscheidungen berücksichtigt?“